

Protokollauszug

aus der

17. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.04.2016

öffentlich

Top 6 Vorstellung des Ferienpasses 2016

Frau Parthum gibt eine kurze Einleitung und macht dabei deutlich, dass eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung und Partizipation kindgerechte Informationen sind. Die Jugendinformation ist ableitbar aus den §§ 12 und 14 SGB VIII.

Frau Grunewald (Medienwerkstatt Potsdam) hat die letzte Neuauflage des Kinderstadtplans koordiniert und begleitet. Sie macht darauf aufmerksam, dass es den Kinderstadtplan bereits seit 15 Jahren gibt und nun die 4. Auflage erschienen ist.

Sie zeigt einen Filmausschnitt über die Tram-Fahrt am 05.04.2016 anlässlich der Übergabe der 4. Auflage des Kinderstadtplans.

Anschließend erläutert Frau Grunewald die Rahmenbedingungen für die Erstellung des Kinderstadtplanes. Dabei teilt sie mit, dass der Kinderstadtplan bisher alle 3 bis 4 Jahre aktualisiert und herausgegeben wurde. Dies erfolgte immer im Rahmen eines Kurzzeitprojektes, wodurch eine kontinuierliche Arbeit nicht möglich war.

Ziel ist die kurzfristige Projektsicherung und damit eine fortlaufende Redaktionsarbeit. Ein Realisierungsvorschlag wäre die Projektsicherung über eine feste Finanzierung.

Herr Chudoba (Medienwerkstatt Potsdam) stellt den Ferienpass 2016 vor und betont, dass dieser bereits seit 1981 in Potsdam erscheint. Der Ferienpass wird kostenfrei an alle Grundschüler der Stadt verteilt und erfreut sich großer Beliebtheit bei den Kindern.

Er berichtet, dass die Internetseite 2013 komplett überarbeitet wurde und damit eine komplette Veranstaltungsplattform bereitgestellt werden kann. Im Jahr 2016 gab es eine Auflagenerrhöhung von 10.000 auf 12.000 Stück. Die Druckkosten hierfür wurden durch das Jugendamt übernommen.

Abschließend erklärt Herr Chudoba, dass es wünschenswert ist, die Honorarkosten um 1.800 Euro zu erhöhen und ein Veranstaltungsportal für ganzzährige Freizeit-Angebote zu schaffen. Er betont, dass damit nicht der Ferienpass abgeschafft werden soll.

Anschließend stellt Frau Parthum die Visionen dar. Dabei macht sie deutlich, dass eine kindgerechte Onlineplattform entwickelt werden soll. Hier ist eine starke Beteiligung der Zielgruppe geplant. Es kann aber auch Lernmaterial erstellt werden, dass durch Grundschulen und Kitas frei genutzt werden kann.

Vorstellbar wäre auch eine Standardisierung der Kinderstadtpläne im deutschsprachigen Raum. Es gibt bereits Statements, die eindeutig dafür sprechen.

Abschließend stellt Frau Parthum die finanziellen Auswirkungen dar und macht dabei deutlich, dass 2017 eine strukturelle Förderung in Höhe von 12.000 Euro und für Ferienpass eine Erhöhung der Honorarkosten um 1.800 Euro zusätzlich zur bisherigen Förderung von 28.200 Euro wünschenswert wäre.

Frau Hübner betont, dass Kinderstadtplan und Ferienpass nicht mehr aus Potsdam wegzudenken sind. Die Sicherung und Weiterentwicklung ist aus ihrer Sicht wichtig. Sie findet gut, dass sich die Medienwerkstatt so engagiert.

Herr Liebe lobt, dass den nördlichen Stadtteilen hier auch große Aufmerksamkeit gegeben wurde. Dies ist sehr hilfreich und wird intensiv nachgefragt. Er spricht sich dafür aus, dem Kinderstadtplan großes Augenmerk zu geben.

Frau Parthum erklärt, dass in dem Stadtplan neu auch WLAN-Hotspots aufgenommen wurden, da es diesbezüglich Nachfragen gab.

Frau Dr. Müller hebt die nachvollziehbare Darstellung der benötigten finanziellen Mittel hervor. Es muss im Zuge der Haushaltsberatung besprochen werden, welche Möglichkeiten für die Finanzierung gefunden werden können. Sie hofft auf einen entsprechenden Vorschlag durch die Verwaltung.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Eckwertebeschluss der Verwaltung, der zur nächsten Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird. Sie macht auch auf die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Potsdam aufmerksam, sagt aber zu, dies zu prüfen.

Frau Hübner schlägt vor, einen Prüfauftrag zu erteilen und um Rückmeldung ggf. im Oktober 2016 zu bitten.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass noch nicht klar ist, wann der Haushalt 2017 beraten werden kann.

Herr Ströber bittet zu prüfen, in welchem Bereich dies in den Haushalt aufgenommen werden kann.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es hier um die Weiterentwicklung des Kinderstadtplans geht. Er verweist auf die Online-Kita-Karte und gibt zu bedenken, dass hier geprüft werden sollte, wie dies gemeinsam entwickelt werden kann.

Frau Parthum informiert, dass hier schon der Kontakt hergestellt ist. Auf Nachfrage teilt Frau Parthum mit, dass es schon Verhandlungen mit dem Jugendamt gibt. Sie wird die Mittel für den Kinderstadtplan bei der Verwaltung des Jugendamtes beantragen.

Frau Müller-Preinesberger regt an, dass Thema Bildung im Zusammenhang mit dem Kinderstadtplan nicht außer Acht zu lassen. Sie macht deutlich, dass auch eine Möglichkeit, aus dem Bildungsbereich finanzielle Unterstützung zu bekommen, geprüft werden sollte.

Frau Dr. Müller schlägt vor, zu überlegen, wie die Finanzierung erfolgen kann. Es sollte geprüft werden, ob Kooperationen mit anderen Bereichen möglich sind. Eine weitere Möglichkeit ist, für 2017 erneut mit Projektmitteln zu arbeiten und dies für die Haushaltsplanung 2018/2019 mitzunehmen.

Herr Otto fragt, ob bereits ein inhaltliches Projekt aus dem Bildungsetat gefördert wurde und ob es überhaupt Möglichkeiten der Förderung gibt.

Herr Kolesnyk verweist in diesem Zusammenhang auf die Schulsozialarbeit.

Herr Wollenberg erklärt, dass es im Etat des Fachbereiches Bildung und Sport keine Mittel für die inhaltliche Arbeit gibt, da dies hier Landessache ist.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass es sich um Sachkosten für einen Kinderstadtplan handelt, der auch in Schulen ausgereicht wird. Diese Sachkosten könnten entsprechend aufgeteilt werden.

Im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung 2017 wird es sicher noch viele Begehrlichkeiten geben. Hier muss der Jugendhilfeausschuss dann prüfen.

Herr Kolesnyk bittet Frau Parthum um eine kurze Zusammenfassung der Präsentation als Anlage für das Protokoll.